

Positionspapier der Mitarbeitenden des AGDW e.V.

zur Abschiebungspraxis

Wir, als Betreuende in der Flüchtlingshilfe, arbeiten in einem guten Vertrauensverhältnis zu den Geflüchteten, die bei uns angekommen sind und Schutz sowie eine Perspektive für ihr weiteres Leben erhoffen.

Wir begleiten sie in der ersten Phase des Ankommens, geben Orientierung zum Leben vor Ort und Informationen zu den Abläufen des deutschen und europäischen Asylverfahrens.

Dabei ist uns bewusst, dass nicht in jedem Fall ein Anspruch auf internationalen Schutz besteht und auch nicht immer ein Abschiebeschutz ausgesprochen werden kann.

Menschen, die erkennen, dass sich ihre Hoffnungen nicht erfüllen, für die sie unter Umständen alles geopfert und ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, benötigen unbedingt ausreichend Zeit, um dieses zu verarbeiten. Nur dann können neue Perspektiven entwickelt werden, wie z.B. auch die Realisierung und Umsetzung einer freiwilligen Rückkehr.

Die Ankündigung einer bevorstehenden Abschiebung war bisher für die Betroffenen ein wichtiger Zeitpunkt, um die endgültige Ausreisepflicht zu realisieren und zu akzeptieren.

Wir bedauern sehr, dass die 2015 in Kraft getretene Gesetzesänderung solche Ankündigungen verbietet. Infolge dessen finden wieder verstärkt überfallartige Abschiebungen statt, die Betroffene, Anwohner und Ehrenamtliche oft hilflos und traumatisiert zurücklassen.

Der Gesetzgeber hat mit der Einführung der Bleiberechtsparagrafen 25a und 25b des Aufenthaltsgesetzes sowie der Duldung für Ausbildungszwecke nach §60a Abs. 2 Satz 4 klar zum Ausdruck gebracht, dass Menschen, die sich bereits gut integriert haben, ein Bleiberecht bekommen sollen.

Immer wieder erleben wir, dass gerade dieser Personenkreis von gewaltsamen Abschiebungen betroffen ist. Der Nachweis von Integrationsleistungen scheint somit bei der Entscheidung, ob abgeschoben wird, keine Rolle zu spielen.

Wir lehnen Abschiebungen von Menschen, die sich in einer Ausbildung befinden oder unabhängig von Sozialleistungen leben, strikt ab!

Menschen, die sich bereits integriert haben, sollen nicht abgeschoben werden!

Wir lehnen die Abschiebung von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt seit Jahrzehnten in Deutschland haben ab.

Wir fordern einen humanen Umgang auch mit Menschen, die unser Land wieder verlassen müssen und lehnen überfallartige Abschiebungen in der Nacht ab.

Wir bitten dringend, inhumane Härten, insbesondere bei Familien mit Kindern zu vermeiden.

Wir fordern, vor der Einleitung einer Abschiebung seitens des Regierungspräsidiums, immer Rücksprache mit der Ausländerbehörde vor Ort aufzunehmen.